



haben, was dem Thame jenseits der Bogen Vorlauf leistet, als ob die Franzosen ihre Arme hinter sich an den Rhein ausbreiten können. Jeder besteht bei der reichsständlichen Regierung eine frankfurter Abordnung gegen das Zentrum.

**Hg. Dr. v. Dziembowski-Vomian (Pole)**

begrüßt den Erfolg, den die schlagkräftigste Bevölkerung in der Verfassungsfrage erringt hat.

**Hg. Emmel (Sog.):**

Das Zentrum ist verfehlt, weil es von reichsständlichen Regierung nicht genügend honoriert wird. Die ganze nationale Bewegung beruht auf dem Herrn Reich und Wetzlar, die den Herren nahehaben. Wir verlangen das Reichstagswahlrecht, aber gibt es keine Ruhe.

**Hg. Haub (Str.)**

dankt im Namen aller Reichstagsmitglieder allen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, die heute die schlagkräftigste Sache so gefördert haben. Auch dem Reichstagsrat gebührende Anerkennung. Die Reichstagsmitglieder seien durchaus loyal. Hoffentlich komme die Verfassungsfrage bald.

Damit ergeht die Debatte über die schlagkräftigste Frage.

**Die Ausdrücke über die allgemeine Politik.**

**Hg. Franz-Rathier (Str.)**

führt Beschwerde darüber, daß der Reichstag infolge seiner verschiedenen sprachlichen Bevölkerung unter den Sprachengruppen des Reiches geteilt ist.

**Hg. Hausmann (Sog.):**

Infolge der Zurückhaltung der Krone liegt in diesem Jahre kein Bedürfnis vor, die Verantwortung des Reichstags in dieser Hinsicht anzuerkennen. Was bleibt die Verantwortung über die Zulassung zum auswärtigen Dienst? Die Diplomaten müssen nicht bloß aus Äußen, sondern aus allen Kreisen ausgewählt werden. Erstens ist die Abnahme der Spannung zwischen Frankreich und Deutschland. Zweitens ist das auswärtige Amt in letzter Zeit oft in einem Tone angegangen worden, der das richtige Maß nicht mehr innehielt. Die Art, wie die Herren Mannesmann vorgegangen sind, mußte die Tätigkeit des auswärtigen Amtes sehr erschweren. Unsere Beziehungen zu England sollen nach der letzten Erklärung des Kanzlers vertrauensvoll sein. Warum wird aber noch weiter um die Werte gekämpft? Für die sozialdemokratische Resolution über die Verantwortlichkeit der Minister werden wir stimmen. In unserer inneren Politik schenkt die Regierung hin und her, auch in der Wahlrechtsfrage. Die öffentliche Meinung ist immer härter gegen die Regierungsmethode des jetzigen Kanzlers aus. Er erzieht, daß sich die Regierung bei der Unbestimmtheit der Parteien nicht unterstützen. So lag ihm; bei der Unbestimmtheit der Regierung unterstützen sich die Parteien nicht. So drehen sich die Dinge im Reich. Das öffentliche Leben wird erst fruchtbar werden, wenn sich die Regierung zu dem Grundsatz bekennt: eine Regierung muß eine Regierungspartei haben. (Beifall links.)

**Hg. Wammelsdorf (nll.)**

bekämpft die politischen Verhältnisse in der Nordmark und weist die dänischen Behauptungen als übertrieben zurück. Unsere Bestrebungen richten sich nur gegen die dänischen Militärs. Der deutsche Reich in Schleswig will keine einseitige Germanisierung freiben. Wir wollen mit den Dänen in Frieden leben, aber die dänische Partei will das nicht. Die Regierung muß an ihrer bisherigen Politik festhalten, damit unsere geliebte deutsche Nordmark auch endlich wahrhaft deutsch wird. (Beifall.)

**Hg. Dr. v. Dziembowski (Pole)**

bekämpft die Polenpolitik der Regierung.

**Hg. Hansen (Däne):**

Die dänische Bevölkerung der Nordmark sieht auf dem Boden der Verfassung und der Gesetzgebung. Für ihre nationalen Rechte wird sie aber energisch kämpfen. Damit erbetet die Ausdrücke. Das Gehalt des Reichstagsdieners 1 Uhr: Abstimmung über die Schmarzenaufrage, Etat des Reichstagsdieners und des Auswärtigen Amtes, Reichstagskommission usw. Schluß 7 1/2 Uhr.

## Deutsches Reich.

### Ueber Kalisyndikat und Kalitruha.

Schreibt Professor Dr. Kurt Meibnerfeld in der „Reichlichen Zeitung“: Mit vier Mitgliedern ist das Syndikat in seiner Form bekanntlich im Jahre 1879 gegründet worden; mit zehn ist es im Jahre 1888 auf straffere Grundlage gestellt worden; mit zwölf dann 1898 erneuert worden, und 1904 waren es 28, 1909 gar 53 Werke, die für das Syndikat in Betracht kamen. Für die allerersten Jahre kommen 20 bis 30 neue Gruben zur Eröffnung. Aus einer kleinen Familie gleichzeitiger Mitglieder, die leicht zusammengehalten waren, ist ein Komplex geworden, der scharfe Unterschiede der Leistungsfähigkeit und der Auslastung in sich birgt, und deshalb nur dann zu einer einheitlichen Politik gebracht werden kann, wenn einige wenige Werke zu überwiegender Macht ausgebaut werden, mit der niemand einen Kampf aufnehmen wagen darf.

Genau das Gegenteil dieser notwendigen Organisation ist aber im Kalis-Syndikat erreicht worden. Da sehen wir, daß im Jahre 1888 zum Beispiel, bei der ersten Erneuerung der Verkaufskonvention, die Antriebe der einzelnen Mitglieder nur zwischen 18 und 24 Proz. sich bewegen; der preussische Zistus, der damals ein Werk sein eigen nannte, stellt mit 20 Prozent etwa in der Mitte. Von diesen 20 Prozent sind aber bis zur Gegenwart, obwohl drei Werke der Zistus besitzt, nur noch 7,4 Prozent übrig geblieben, und damit ist der preussische Zistus der Höchstbeteiligte des Syndikats, an den sich als nächstbeteiligter der anhaltische Zistus mit 3,4 Prozent und einige alte Werke mit je 2,8 Prozent anschließen; die fünf Höchstbeteiligten bringen es zusammen nur auf 19,2 Prozent der Gesamtbeteiligung. Dem habe man entgegen, daß die größte Kohlen-Gesellschaft des Ruhrgebiets etwa 11 Prozent der Beteiligung umfaßt und daß die fünf größten und 35 Prozent erreichen. Hier liegt die Machtkonzentration, dort eine enorme Zersplitterung selbst unter den größten. Ein Kalibergbau stehen gerade die alten Werke auf

Lagerungsfähigkeiten, die zu den reichsten des ganzen Gebietes gehören, und alle sind sie bestaunt auf eine viel größere Produktion eingerichtet, als ihnen heute zugewiesen werden kann; ihnen bedeutet das Aufkommen neuer Werke eine tatsächliche Schmälerung ihrer Produktion und damit eine Belastung mit Produktionsmitteln, die sie nicht recht ausnützen können.

Was wäre nun von einem Trust zu erwarten? Sicherlich wird ein Trust, wenn er das Feld allein beherrscht, die Preise so hoch bemessen, wie es für ihn am vorteilhaftesten ist; es fragt sich nur, was eben am vorteilhaftesten ist. Und da vertreten die Trusts mit ihren privatwirtschaftlichen Interessen zugleich das volkswirtschaftliche Interesse an niedrigen Produktionskosten und sogar das volkswirtschaftlich weniger wichtige Interesse an niedrigen Preisen. Man spart außerdem bei der Vertrustung vielleicht ein paar hochbesoldete Generaldirektoren und Grubenverwalter und führt den in der Arbeit bleibenden Korrespondenten vielleicht etwas höhere Einnahmen als bisher zu. Aber die Masse der Kapitaalklassen wird gar nicht durch diese Entwürfe berührt. Schon heute sind die Kräfte der Kaligemeinschaften viel zu schwer, als daß Kleinapitalisten sich beteiligen könnten, wenn ein solches Werk wirklich mit Erfolg arbeitet.

Wiederholt schließt seine langen Ausführungen: Es verleiht sich ganz von selbst, daß namentlich in Preußen in der Ausdehnung seines Reiches, der schon jetzt bekanntlich ganz enorm ist, mit der Entwicklung privater Trusts gleichen Schritt halten wird. Nicht man die Preispolitik des Monopolsyndikats einmengen geschieht ein, so wird das sogar nicht so besonders teuer werden. Und lernt man außerdem von modernen Organisationen, daß zur Beherrschung eines Wertes gar nicht der volle Besitz nötig ist, sondern der Besitz einer Aktienmehrheit genügt, so kann man vollends mit verhältnismäßig geringen Mitteln den Einfluß der feststehenden Werte auf derjenigen Höhe halten, die über das jetzige Maß hinaus für die Preispolitik von Bedeutung ist.

Wenn die Begründung des Reichsgesetzes den preussischen und anhaltischen Bergbehörden die Erfüllung dieser Aufgabe nicht zuträuf, so hätten diese allen Anlaß, gegen ein solches testimonium paupertatis energisch zu protestieren.

## Parlamentarisches.

### Wie ein aufgelöstes Ameisenhaufen

nahm sich die konervative Bundestagsaktion am Freitag bei der Abstimmung über ihren Antrag auf Beibehaltung der öffentlichen Abstimmung aus. Der Antrag wurde mit 124 gegen 62 Stimmen bei 89 Stimmenthaltungen abgelehnt. Bei dieser Abstimmung über ihren eigenen Antrag hat die konervative Fraktion mit ihren 152 Mitgliedern folgendes Bild:

Für den Antrag stimmten nur 30, also nur ein Drittel, gegen den Antrag fünf Konervative, 88 schlossen sich der Stimme. 26 fehlten unentschieden, 8 entfalteten. Die fünf Konservern, die gegen den Antrag der eigenen Fraktion stimmten, sind Beckmann, Karow, Gölz, v. Tuerde, Wollkowsky.

Von den Freikonservern stimmten 31 für, 40 gegen den konservativen Antrag. Schwach enthielten sich der Abstimmung, vier liberalen unentschieden, sechs entfalteten. Von den Rationalisten stimmten nur der Hg. Heye für die öffentliche Wahl.

### Heer und Flotte.

× Berlin, 14. März. Zur Offizierszeitbeschäftigung befehligt heute vormittag der Kaiser die Kadetten der Berliner Kavallerieregimenter. In der Uniform des 2. Garde-Dragooneregiments fuhr er um 9 1/2 Uhr zuerst bei dem 2. Garde-Infanterieregiment in der Invalidenstrasse vor. Dann ging es im Kavallerieregiment nach den Kadetten des 1. Garde-Dragooneregiments, der Gardebatterie und zuletzt des 2. Garde-Dragooneregiments. Bei diesem nahm der Kaiser das Frühstück ein. Die Besichtigungen dauerten bei jedem Regiment etwa 20 Minuten und waren um 12 Uhr beendet.

× Der Kommandant der 9. Division in Glogau, Generalleutnant v. Sagnitz ist zum General der Infanterie und Generalinspekteur des Militärerziehungs- und Bildungswesens ernannt worden.

× Der in Dresden lebende General der Artillerie s. D. Paul v. Zallinger verstarb heute das 80. Lebensjahr.

× Dem Generalleutnant s. D. v. Raven, bisherigem Kommandanten von Magdeburg, ist vom Kaiser der Stern zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen worden.

### Hof- und Personalnachrichten.

× Das Kaiserpaar nahm vorgestern vormittag an dem Festgottesdienst in der Gedankkirche teil und behielt später die Gärten von Gieseband in Friedrichshagen. Willings empfing der Kaiser im königlichen Schloß den Reichsstatthalter. Zur Frühstückstafel waren u. a. geladen der Fürst von Saxe und Fürst Fürstberg. Am Abend wohnten die Reichsfürsten mit der Prinzessin Viktoria Luise, dem Prinzen Oskar und den Prinzen Georg und Alexander von Gieseband im königlichen Opernhaus der Aufführung der Oper „Der Prophet“ bei.

× Der Kaiser hat an die Witwe des verstorbenen Generalleutnants s. D. v. Chappuis folgendes Beileidetelegramm nach Frankfurt a. M. geschickt:

Ich spreche Ihre Ergebenheit beim Heimgange Ihres trauen und lieben Mannes Mein herzlichstes Beileid aus, eingebend seiner vorbildlichen Tapferkeit im Kriege und eingebend seiner in langer Dienstzeit Meinen Vorfahren und dem Vaterlande geleisteten Dienste. Wilhelm.

× Prinz Heinrich von Preußen ist vorgestern nachmittag von seinem Aufenthalt in der Nordsee nach Kiel zurückgekehrt. Um 7 Uhr 20 Min. abends trat auch die Prinzessin Heinrich von Preußen, von England kommend, über Wismar dort wieder ein.

× Generalmajor s. D. Faehndrich ist am Freitag in Potsdam im Alter von 63 Jahren gestorben. Er hatte von 1808 bis 1804 im aktiven Heeresdienst gestanden. Als Leutnant des 24. Infanterieregiments mochte er den Feldzug 1870/71

mit und erwarb sich in ihm das Eiserne Kreuz zweiter Klasse. 1855 schied er aus der preussischen Armee aus und wurde Chef der 4. Kompanie des Seebataillons in Kiel. Bis 1880 handelte er dann, wie die Welt. Hg. erinnert, in der Marineinfanterie, was kann aber wieder in der Marine zurück und gehörte als Hauptmann und Major dem 128. Infanterieregiment an, gehörte als 44. und schließlich dem 113. Infanterieregiment in Frankfurt a. M. an. 1808 wurde er Oberst und Kommandeur des 42. Infanterieregiments in Mühlhausen i. G. und fand von 1903 bis 1904 an der Spitze der 13. Infanteriebrigade in Magdeburg. Am 18. November 1904 nahm er seinen Abschied.

## Ausland.

### Zugers Beisehung.

Wien hätte gern nur Gedanken und Sorgen für das Leidenbegnähnis des Bürgermeisters. Seit 11 Uhr früh waren die Straßen mit in Trauer gekleidete Menschen überfüllt. Die gesamte Garnison und die Sicherheitswachen bis auf den letzten dienstfreien Mann waren mobilisiert, und die Zufahrtsstraßen zum Rathaus abgeperrt. In langem Zuge kamen die Korporationen und die teilnehmenden städtischen Beamten zum Rathaus. Gegen 11 Uhr wurde der Sarg vom Rathaus gebracht und gelassen. Zahlreiche Firmen und Korporationen hatten an Stelle der Kränze größere Spenden für die Armen Wiens gemacht. Vor dem Rathaus nahm Bürgermeister Klemm die Rede und der Magistratsdirektor Poppel vom Bürgermeister ab. Er sprach im Namen des Landtages der Landmarschall Stellvertreter Baron Freudenthal. Hierauf bewegte sich der Zug über die Ringstraße nach dem Stefansdom, wo bereits

### Kaiser Franz Josef.

Herzog Ernst August von Cumberland, die Erzherzöge Franz Salvator, Friedrich und Rainer und die Vertreter der fremden Souveräne mit Einschluß des päpstlichen Nuntius und die übrigen Trauergäste den Zug erwarteten. Als Vertreter des deutschen Kaisers war der Reichsherr in der Kirche bewacht. Nach der Beisehung in der Kirche bewegte sich der Zug bis zur Albertstraße, wo er sich zum Teil auflöste. Auf der Straße nach St. Marx wurde die Leiche auf einen anderen Wagen umgeladen und der Weg nach dem Zentralfriedhof fortgesetzt. Am Grabe sprachen der Bischof von Wien, mehrere andere Vertreter der Partei und der Führer der rumänischen Deputation. Es war allgemein aufgefallen, daß sich im Leidenzuge eine große Zahl von Rumänen, darunter auch einige in rumänischer Bauerntracht, befanden. Dies bedeutete eine Subjogung für Dr. Zueger, der die Rumänen in ihrem Kampf gegen die Ungarn immer unterstützt hatte. Die ganze Feierlichkeit verlief ohne jeden Anfall. Die Rettungsgesellschaft intervenierte nur in 35 ganz leichten Fällen, in denen es sich zum Teil um Ohnmacht handelte. Das Leidenbegnähnis dürfte ungefähr eine halbe Million Menschen auf die Beine gebracht haben. Etwa 30 000 Personen bildeten Spalier, darunter die verschiedensten Korporationen der Städte mit ihren Führern. Die Kränze waren auf fünfzehn Kranwagen geladen, und die wunderbaren Blumen, zum größten Teil Oräuben, machten auf der Ringstraße, deren Bäume noch nicht grün sind, einen herrlichen Eindruck. Militär und Musik waren nicht im Zuge. Das ausgerückte Militär wurde nur zu Abperrungen und zur Aufrechterhaltung der Ordnung verwendet.

### Ein großer parlamentarischer Tag in England.

Sowohl im Unterhause wie im Oberhause des britischen Parlaments begannen gestern Debatten, die ganz England mit Spannung verfolgt. Im Oberhause wurden Lord Robertes Vor schläge zur Reform dieses Hauses beraten, deren eine sehr beträchtliche Anzahl von reaktionären Mitgliedern unter Führung des Herzogs von Norfolk, feindselig gegenüber steht, weil sie ihnen zu weit gehen. Im Unterhause hand das Marineprogramm 1910/11 auf der Tagesordnung. Es soll der Regierung ergehen sein, die Opposition, die sich in den Kreisen ihrer eigenen Anhänger gegen dieses Programm, das die Veranschlagung von insgesamt 800 000 000 Mark einschließt für den laufenden Ansatzen für die Marine involviert, zu befähigen, so daß seine Annahme keine Schwierigkeiten machen dürfte. Von imperialistischer Seite soll der Versuch gemacht worden sein, die Marine um mindestens 15 000 Mann zu vermindern.

### 25. Landtag der Provinz Sachsen.

Von unserem Soh. Spezialberichterstatter.

Mitte und letzte Plenarsitzung.

Merseburg, 14. März.

Der Vorherrsche eröffnet die Sitzung 11 1/2 Uhr. I. Ueber Staatsbeschreibungen der Jahre 1907/08 berichtet Hg. Stecker. Die Verwaltungszuschüsse ergeben 361 062 Mark im Jahre 1907 und 192 369 Mark im Jahre 1908.

Das Haus nimmt Kenntnis. II. Nachzahlung des erhöhten Wohnungsgeldzuschusses an die Provinzialbeamten für das Jahr 1908. Berichterstatter Hg. Dr. Lenke.

Die Nachzahlung soll nach Maßgabe des Tarifs für die Staatsbeamten erfolgen. Nachzahlungen wären insgesamt 30 744,71 Mark. Die Pensionschiller sollen nach Maßgabe des erhöhten pensionsfähigen Betrages des Wohnungsgeldzuschusses anderweitig festgestellt werden.

Der Antrag der Haushaltskommission ist die Vorlage abzulehnen. Der Landeshauptmann tritt nochmals für die Vorlage ein und behauptet im Interesse der Provinzialbeamten die beschlossene Verringerung des Antrages. Die Vorlage wird darauf von der Mehrheit abgelehnt.

III. Provinzialmuseum.

Berichterstatter Hg. Dr. Schmidt. Diese Vorlage hat den Landtag schon mehrmals besprochen. Der Provinzialausschuß hatte sich für den von der Stadt Halle angebotenen Bauplan entschieden. Die historische Kommission ist zu dem Entschluß gekommen, daß das Museum sich auf prähistorische Sammlungen beschränken soll. Auf dieser Grundlage ist ein Bauplan ausgearbeitet worden. (Liest auf dem Tische des Saufes aus und findet lebhaftes Interesse.) Das neue Museum mit 1800 Quadratmeter Ausstellungsfläche bieten, die den weitestgehenden Ansprüchen genügt.

In der Kommission hat man vorgeschlagen, daß die Stadt Halle die Sammlungen übernehme und ein neues Museum baue. Prähistorische Sammlungen finden beim großen Publikum nur wenig Interesse, doppelt wenig, wenn das Museum so weit vom Verkehrszentrum der Stadt entfernt liegt, wie das in Halle der Fall sein würde. Zweckmäßig wäre es, wenn die anderen Sammlungen gleichzeitig mit in das neue Museum aufgenommen, also von Halle erworben würden. Halle bildet sich dadurch erhebliche Kosten auf. Das Bauprojekt beläuft sich auf 450 000 Mark. Der Provinz würde das Museum einmalig 525 000 Mark und laufend jährlich 13 000 Mark kosten. Der Stadt Halle will man, wenn sie die Sammlungen übernimmt, in einem neuen Museum unterbringt, vermehrt und vermauert, die einmalige Entschädigung von 500 000 Mark zahlen.

Wenn Halle darauf nicht eingeht, empfiehlt es sich, der Provinzialauschuhvorlage zu folgen, die ein eigenes Museum auf dem von Halle angebotenen Bauplätze für den Betrag von 525 000 Mark fordert, wovon 300 000 Mark aus verfügbaren Mitteln vorhanden sind.

Die nicht prähistorischen Sammlungen müssen in Halle bleiben und können nicht an andere Museen abgegeben werden. Halle müßte sie also mit übernehmen und in dem neuen Museum mit unterbringen. Ein Teil könnte in dem kunstgewerblichen Museum auf der Moritzburg untergebracht werden.

Halle hätte sich bis zum 1. Juli bzw. 1. Oktober zu erklären. Die Resolution im einzelnen soll dem Provinzialauschuß überlassen werden.

Hg. Fürst Stolberg-Bernigerode: Auf die Gefahr hin, bei Ihnen keine große Geneigtheit zu finden, möchte ich Sie doch noch einmal in letzter Stunde bitten, zu erwägen, ob wir uns unserer schönen Sammlungen abgeben wollen. Ich habe es sehr bedauert, daß die Vorlage an die Haushaltungskommission und nicht an die Museumskommission ging. Der Antrag der Kommission hat mich überzeugt. Ich halte es nach wie vor für ein Nobilit officium, diese Sammlungen zu besitzen und zu bewahren. Wenn die Vorlage in früheren Sessionen fiel, so lag das nur daran, daß man beschließt, das Museum könne einen zu großer Umfang nehmen. Das ist aber jetzt nicht mehr möglich, das Museum ist in seinem Rahmen streng begrenzt. Also liegt kein Grund mehr zur Ablehnung der Vorlage des Provinzialauschusses vor. Man beschließt einen neuen Museumsbetrieb. Nun, ich glaube, es wird sich auch jetzt eine wehrhäftigkeitsmäßige Bewachung und Verwaltung schaffen lassen. Vielleicht kann man die Hallenser Bach- und Schiffschiffahrt mit heranziehen.

Es sprechen auch sehr reiche Gründe mit. Die etwa 25 000 Stück des Museums repräsentieren einen sehr hohen Wert und sind zum Teil unerschöpfbar. Die Sammlungen sind 1822 begonnen und heute eine Zentralfelle der prähistorischen Wissenschaft. Gerade in den letzten Monaten sind vielleicht die bedeutendsten Funde gemacht. Ich bitte, den Beschluß der Kommission abzulehnen.

Erhalten Sie uns unsere hervorragenden Sammlungen und erhalten Sie ihnen ein würdiges Heim zur Erde und zum Ruhme unserer Provinz! (Bravo!)

Hg. Graf Suwe de Grais als Vorsitzender der Haushaltskommission berührt die Stellungnahme der Kommission in dieser Frage. Wir haben es hier mit einer Sammlung von nur ein begrenztem Interesse zu tun. Sie wird nur sehr wenig Besucher finden. Reduziert das eine so erhebliche Aufwendung, wie sie uns angefallen wird? Wir haben schon genug Museen in unserer Provinz. Ist es gerechtfertigt, diese neue noch hinzuzufügen? Das große Gebäude würde von Jahr zu Jahr erhöht. Unterhaltungskosten erfordern. Das ist gegenüber der hier in Rechnung gestellten Summe ein unerschöpfbares Mehr.

Die Hg. Dr. Rixe und von Holln konferieren eifrig über die ihnen vorliegenden Museumspläne. Redner bringt einen Antrag ein, der sich im einzelnen mit den zu bewilligenden Geldmitteln beschäftigt. Ich glaube, der Vorschlag der Kommission bringt uns sowohl der Stadt Halle ganz schätzenswerte Vorteile. Gegenüber dem Vorschlag des Provinzialauschusses werden die billiger ein größeres und besseres Projekt durchführen. (Bravo.)

Der Landeshauptmann: Im Einzelnen sind mit dem Fürsten Stolberg-Bernigerode empfehle ich Ihnen die Annahme der Provinzialauschuhvorlage. Es würde nicht eine empfindliche Lücke entstehen. Redner entwickelt die Entstehung der Vorlage betr. den Bau eines Provinzialmuseums seit den festliegenden Jahren. Die Mühsal war von jeher, ein besonderes Museum für unsere Sammlungen zu errichten. Wenn Sie den Vorschlag Ihrer Kommission annehmen, so werden Sie dem Provinzialauschuß die wichtigsten Besorgnisse in den Verhandlungen mit der Stadt Halle einbringen können. Ich fordere für diesen Fall jetzt schon Vorbehalten des Eigentumsrechtes, Rückbehaltungsvertrag und Übernahme der ganzen Sammlungen. (Widerspruch.) Auch das Jubiläum und ein jährlicher Bericht an den Landesauschuß sind zu fordern. Redner prüft seine weitgehenden Forderungen zu dem Kommissionsantrage noch im einzelnen.

Wir geben 931 000 Mark für, nur um eine einmalige Ausgabe von 525 000 Mark zu sparen.

Ich meine, wir müßten doch sehr überlegen, ob wir so leichtem Herzen verzichten wollen. (Bravo.)

Hg. Frey: Ich habe bisher nicht viel Sympathie für das Provinzialmuseum gehabt. Aber den Beschluß der Kommission kann ich nicht mitmachen, denn er ist ein großer, folgender Provinz nicht würdig. (Bravo! Bravo!) Hier sollen wir nicht niederreizen, sondern aufstehen. Das ist ein Nobilit officium. Was sollen denn die Gesandten aber denken? Im Interesse der Provinz und ihrer genaueren Fortbildung ist es notwendig, daß wir das Museum nicht bei der Stadt Halle geben. Wir müssen auch für die idealen Interessen unserer Provinz sorgen.

Hier ist ein Einigungspunkt der Dunt zusammengewürfelten Kräfte einer Provinz. Das Museum ansetzen? Der Einnahm nicht, das dürfen wir nicht, dann machen wir uns um die Hälfte unserer Väter! Bankrott gehen wir daran nicht. (Bravo!)

Hg. v. Hesse: Ich spreche auch für die Vorlage des Provinzialauschusses: Wir geben auch für die Zukunft sehr viel auf, wenn wir das Museum an Halle abgeben. Viele Funde würden uns verloren gehen, die der Provinz in anderer Halle gewonnen würden. Redner stellt einen Zusatzantrag, die Bedingungen festzustellen, unter welchen Halle die Sammlungen übernehmen könnte. Auch den Namen des Museums will dieser Antrag festgelegt wissen.

Hg. Dr. Lenke: Vor zwei Jahren habe ich die Vorlage wegen ihres Umfangs auf das lebhafteste bekämpft. Sie wurde daraufhin abgelehnt und kommt jetzt in beschränkter Fassung wieder. Ich habe in der Kommission von vornherein erklärt, ich stimme für diese neue eng umgrenzte Vorlage. Die Mehrheit in der Kommission war sich klar darüber, daß die Sammlungen der Provinz nicht ein großes Interesse abgeben können. Daher löst man die Frage an Halle und vereinigt mit anderen Sammlungen vor. Ich bin erstunken über die Fülle von schönen Sachen in unserem Museum und bedauere, daß es jetzt auf so engem Raum untergebracht ist. Es muß also etwas getan werden. Ich bin dafür, daß wir die Namen Sacken selbst behalten und nach der Vorlage beschließen. (Bravo.)

Hg. Franck bringt einen Antrag ein. Hg. Dr. Contag rät Annahme des Kommissionsbeschlusses. (Ein Vertreter der Stadt Halle steht nicht auf der Rednerliste.)

Man schreitet zur Abstimmung. (Auf der Tribüne wohnt der Regierungspräsident v. Eisenhart-Rothe den Verhandlungen bei.)

Nach Abstimmungen über alle vorliegenden Anträge wird die Provinzialauschuhvorlage angenommen: Die Provinz baut ein eigenes Museum auf dem von Halle angebotenen Bauplan.

Halle, Magdeburg, Erfurt, Nordhausen usw. stimmen gegen die Vorlage. (Der Landeshauptmann wird lebhaft beglückwünscht u. v. von den Vertretern der Stadt Halle.)

IV. Sauschaffplan 1910/1911. Berichterstatter Hg. Secker und Bangi.

Die Reizektion der Beamten lassen im Anschluß an das preussische Gesetz, das noch zu erlassen ist, neu geregelt werden. Eine Petition des Bundes Deutscher Militärärzte betreffend Erhöhung des Pflegegeldes wird entsprechend beantwortet.

Der Tilgungsplan für das neue Darlehen ist der alte, entgegengekehrte Entwurf abgelehnt. Wegen der schwebenden Verwaltungsbücherei soll ein Auswechsellösung beschlossen werden.

Die Provinzialsteuer werden mit Zustimmung des Saufes für den neuen Etat von 10 1/2 auf 12 Proz. festgesetzt, also um 1 1/2 % erhöht.

Damit ist auf eine Steuererhöhung von über vier Millionen zu rechnen. Der vorige Haushaltsplan rechnete mit 3 1/2 Millionen.

Hg. Graf Suwe de Grais bemerkt, daß man aus dem erhöhten Steuer-Eck-Verhältnis herauswirtschaften wird.

Der Etat balanciert mit 11 773 000 Mark in Einnahme und Ausgabe gegen 9 052 567 Mark der vorigen Etatsperiode. Der Haushaltsplan wird angenommen.

V. Errichtung einer Ruhegehaltskasse der Kommunalverwalter der Provinz Sachsen. Berichterstatter Hg. Schaumburg.

Der Landtag beschließt die Einrichtung der Kasse und erteilt dem vorerwähnten Kommissionsbericht für die zu gründende Kasse seine Zustimmung. Der Provinz erwachsen keinerlei Ausgaben aus dieser neuen Institution.

Der Referent richtet an den Landeshauptmann die Bitte, die Kasse nach Möglichkeit bald zu errichten.

VI. Änderung des Tarifes der von den preussischen Armenverwaltern zu errichtenden Armenpflegekosten. Berichterstatter Hg. Dr. Contag.

Der neue Tarif legt einheitliche Sätze fest. Das Haus stimmt zu.

VII. Veräußerung des Wegeausbesserungsfonds. Berichterstatter Hg. Graf v. d. Schulenburg-Angern. Die Mittel, 50 000 Mark und 200 000 Mark, sowie der außerordentliche Betrag von einer Million werden bewilligt.

VIII. Zur besseren Herkennung der Provinzialauschüsse werden die Mittel um jährlich 300 000 Mark und von 1912 an auf dreizehn Jahre um jährlich 500 000 Mark erhöht.

IX. Der Bericht betr. die Prüfung und Entlastung der Rechnungen wird entgegengenommen.

X. Endlich liegt ein Antrag der Rechnungskommission vor, einen anderen Weg zu der umfangreichen Rechnungsprüfung einzuführen. Berichterstatter Hg. Hinrichs. Der Provinzialauschuß wird damit beauftragt, darüber die Tagesordnung anzustellen.

Der Vorstehende gibt eine Uebersicht über die Geschäftstätigkeit des 25. Provinziallandtages. Es wurden in 6 Plenarsitzungen 179 Vorlagen erledigt.

Der Oberpräsident: Sie sehen am Ende einer arbeitsreichen Tagung, meine Herren, die Sie mit Befriedigung erfüllen kann. Wenn es sich nicht hat vermeiden lassen, die Steuerkraft der Provinz härter anzufassen, so ist dies in möglichen Grenzen geblieben. Das Wandersarbeitsstättengesetz wird der Provinz reichen Segen bringen. Mit dem Beschlusse des Provinzialmuseums haben Sie gleichfalls eine befriedigende Lösung gefunden. Es bleibt uns nur der Wunsch, daß auch sonst alle Wollen am Himmel unserer Politik und Wirtschaft weichen mögen. In dieser Hoffnung erkläre ich im Allerhöchsten Auftrage des 25. Provinziallandtags für geschlossen.

Der Vorstehende dankt dem Oberpräsidenten für seine tätige Mitwirkung und schließt die Sitzung um 2 Uhr mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser.

Halle und Umgebung. Halle a. S. 15. März. Stadtverordneten-Sitzung.

Am Vorstandsitz die Herren Justizrat Föhrling, Fabrikant Grebler, später Geh. Kommerzienrat Stecker und Kommerzienrat Saggas. Unter den Eingängen gibt der Herr Vorsteher Föhrling eine Anzahl Petitionen bekannt, die Gehaltswünsche betreffen.

Die Petenten erklären ihre Gehaltsaufbesserungen für unzureichend. So petitionieren die Magistratsboten, die Kanzlisten, die Bureauchelfen und ein Diplomingenieur. Die Petitionen werden sämtlich auf sieben Wochen zurückgelegt; auf die gleiche Frist hat man auch schon andere Eingänge wegen Gehaltsaufbesserung zurückgelegt.

Anlieger der Sophienstraße, Margarethenstraße, Hedwigstraße und Luisenstraße machen geltend, daß die katastralmäßige Vermessung ergeben habe, daß von ihren Grundstücken Teile zur Straße genommen seien. Sie bitten um Regulierung. Die Sache wird auf sechs Wochen zurückgelegt. Desgleichen eine Petition eines Anwohners der Reißstraße in einer ähnlichen Angelegenheit.

Der Vorsteher bittet, bei Einführung der Wohnungsinzession eine Frau als Wohnungspflegerin anzustellen; die Eingabe wird dem Bauauschuß zugewiesen.

Weiter gibt der Herr Vorsteher Föhrling bekannt, daß der Provinziallandtag heute beschließen habe, das Provinzialmuseum in Halle zu erbauen. (Bravo!) Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt I betrifft den Haushaltsplan. Es referieren über Kap. XVII „Gemeinnützige Zwecke“ die Herren Stov, v. Blume und Böhrer.

Herr Stv. Thiele bemängelt die Position von 10 000 Mark für die Stellung der Leichenwagen. Die Vergabe solcher Angelegenheit sei ein unzulässiger Zustand; man solle die Leichenfahren in eigene Regie nehmen.

Herr Stv. Böhrer erklärt, daß der Magistrat in der Kommission zu erkennen gegeben habe, daß er zu geeigneter Zeit die eigene Regie einführen wolle. Die Wächterin Frau Dehoff verdient nichts an dem Leichenfuhrwesen.

Herr Stadtrat Frenzel erklärt den mit Frau Dehoff bestehenden Vertrag.

Herr Stv. Richter bittet, den Antrag Thiele nicht anzunehmen. Der Magistrat werde die Angelegenheit prüfen und, wenn es im Interesse der Stadt und des Publikums sei, sich für eigene Regie entscheiden, wo er schon die Bestellung der Träger auf dem Südring selbst übernommen habe.

Der Antrag Thiele wird abgelehnt. Weiter den Etat des neuen Verwaltungsmittelsunterstützungsausschusses referiert Herr Stv. v. Blume.

Die Summen, die mit dafür jetzt mehr aufwenden, seien gut angelegt. Die Untersuchungen, z. B. Milchuntersuchungen, würden jetzt häufiger ausgeführt. Die Sicherheit, unerstickte Nahrungsmittel zu bekommen, sei erheblich gemachsen.

Herr Stv. Schmidt-Rimpler bittet, aus der Tatsache, daß sich jetzt bei 25 Prozent der Milchuntersuchungen

verfälschte Milch gegeben habe, nicht den Schluß zu ziehen, daß früher nicht sorgfältig untersucht sei. Die Probenentnahme gehe jetzt nach anderem Verfahren; man lasse die Probe nicht durch Polizeibeamteten, sondern durch eine Zivilperson entnehmen, und mit Milch da, wo man Verfälschungen vermute. Zu vermindern sei, daß bei unserer hochstehenden Landwirtschaft noch eine beachtliche Menge schlechter Milch vorkommen könne.

Herr Stv. v. Blume: Man muß mit den Staatsmandaten die wirklich Schuldigen treffen. Das geschieht nicht immer. Die Proben werden auf der Bahn aus den plombierten Kannen entnommen. Da ist doch nicht der Händler der fälscht, sondern die Bauern sind's. (Zuruf des Herrn Stv. Oberburg: Natürlich immer die konservativen Agrarier!)

Bei den Positionen: Unterführung gemeinnütziger Vereine, bemängelt Herr Stv. Thiele den größten Teil der Subventionen und bittet um Streichung.

Die Versammlung lehnt indes den Antrag ab, nachdem Herr Stv. v. Blume sich für die Bewilligungen warm ausgesprochen hat.

Herr Bürgermeister v. Holln bemerkt, daß die Einwände von Herrn Thiele alljährlich erhoben werden; sie scheiden überdies weniger im Interesse der Allgemeinheit, als im Interesse der Partei des Herrn Thiele.

Herr Stv. v. Blume meint, wenn im Rathaus die Jahresberichte und Druckschriften der Vereine auslagen, in einem eigenen Lesezimmer, das jedem Stadtvorordneten zugänglich sei, müßte, könnte man sich leicht über jene Vereine unterrichten, und der Widerspruch würde verfliegen.

Ueber das Statistische Amt referiert Herr Stv. Thiele.

Herr Stv. Schmidt-Rimpler erkennt den Wert des Instituts an und hebt auch hervor, daß eine Menge interessanter Arbeiten und Nachweise durch das Amt der Dienstfähigkeit zugänglich gemacht worden seien. Dennoch müsse das starke Anwachsen der Ausgaben trübselig machen, das nicht im Verhältnis zu unseren finanziellen Verhältnissen stehe. Redner beantragt, 1000 Mark für Anschaffung einer Bibliothek zu streichen, da ja hier Universitätsbibliotheken umfassen. Wenn sollen 600 Mark für Dienststellen einzuweisen abgelehnt werden. Redner verweist auf Erfurt, das uns so oft der Bewilligungen als Mutter hingekickt werde; Erfurt habe überhaupt kein statistisches Amt. Das sei natürlich kein beachtlicher Zustand, aber wir können in Halle unsere Zwecke mit einem geringeren Aufwand erreichen.

Herr Bürgermeister v. Holln gibt zu, daß das Anwachsen des Etats ebenfalls machen könne, aber es handle sich nicht um eine anhaltende Steigerung; sie sei nicht zu befürchten. Unter statistisches Amt versteht, was mögliches, da möge uns der Magistrat nicht geneuen.

Herr Stv. Thiele bemerkt, daß die Bücher, die verlangt werden, nicht in der Universitätsbibliothek zu haben seien. Man möge keine Streichungen vornehmen. Das statistische Amt werde mit großer Sachkenntnis, großem Fleiß und großer Sparfamkeit verwaltet. Wenn Herr Schmidt-Rimpler auf Erfurt hinweist, so müßte das von einem Mann

der Wissenschaft wunder nehmen. Dann könnte man ja auch auf solche Mittel hinweisen, die keine wissenschaftlich gebildeten Leute, sondern nur Kleinrentner haben und ebenjot werden wie wir. (Heiterkeit.)

Herr St. Schmidt-Rimpler vermahrt sich dagegen, daß er Erfant in der Beziehung für Halle zum Minister empfohlen habe. Im Gegenteil! Der bessere Zustand sei gewisslich der Reiz eines solchen Amtes. Als Vertreter der Wissenschaft wünsche er dem statiftischen Amt recht viele Mittel und einen recht weiten Rahmen für seine Forschungen, aber als Stadteroberer habe er die finanziellen Interessen der Stadt im Auge zu behalten, und da lage er: Was wir vom statiftischen Amt im Interesse der Allgemeinheit verlangen, läßt sich mit Einschränkung der Mittel, wie ich sie vorgeschlagen habe, ebenso gut erreichen.

Die Abkündigung ergibt 25 Stimmen für die Streichung jener Positionen (Minister Schmidt-Rimpler) und 25 für die Beibehaltung. Da der Vorleser für die Beibehaltung gestimmt hat, gibt seine Stimme den Ausschlag; die Positionen werden also nicht gestrichen.

Ueber die neuen Steuerzuschläge referiert Herr St. Knabe. Er empfiehlt, die Zuschläge um 4 Prozent heranzuziehen. So daß im neuen Jahre

### 172 Prozent Einkommensteuer 196 Prozent Realsteuer

ermogen werden sollen. Die Einnahmen des Deutschen Reiches, des Bereichs der Galtmire von Halle und Umgebung, des Bereichs der Saalbesitzer, des Neuen Halleischen Galtmirevereins und des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte, die sämtlich bitten, die

#### Schankzessionssteuer

fallen zu lassen möge man abheben. Herr St. Knabe erklart, den Petitionen nachzugehen. Der Vertriebsstand sei mit Steuern ganz außerordentlich belastet. Fast alle Steuern, auch die der Staat im letzten Jahre dem Braugewerbe aufgeschleppt habe, treffen den Gastwirt; auf seinen Schultern seien die Lasten hängen geblieben. Da solle man es doch den Gastwirten nicht noch durch eine besondere Steuer, die Schankzessionssteuer, erschweren, sich selbständig zu machen, wo an sich das Selbständigwerden schon von der Bedürfnisfrage abhängig sei. Die Steuer, die man anfangs in ihrem Ertrage stark überschätzt habe (auf 90 000 Mark jährlich), bringe nur 33 000 Mark ein; das sei eine Summe, auf die man bei unterm Etat im Interesse der Gerechtigkeit verzichten möge.

Herr St. Knabe unterstügt diesen Antrag und legt dar, wie der Gastwirt durch Betriebskosten, Gewerbesteuer und so weiter belastet sei. Der Gastwirtsstand trage auch sehr zum Gedeihen unseres Gas- und Elektrizitätswerkes bei; er sei Hauptabnehmer. Man solle doch nach dem Prinzip handeln: Gleiches Recht für alle! Dann könne man die Schankzessionssteuer nicht aufrecht erhalten. Redner verlangt, daß die Steuer zum 1. April aufgehoben wird.

Herr Bürgermeister v. Solly erklart den Antrag für gänzlich ausweislich. Der Gastwirtsstand habe einen sehr gegen Konkurrenz durch die Bedürfnisfrage, wie ihn kein anderer Stand habe. Da sei es gerecht, daß man dieses Privilegium mit einer Steuer belage. Woher solle man denn für die ausfallenden 33 000 Mark Deckung nehmen? Der Antrag, Gemmer-Kasse, selbst wenn er im Stadteroberer-Konkurrenz eine Mehrheit finden sollte, würde vom Magistrat nicht angenommen werden.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages auf Aufhebung der Schankzessionssteuer, die also bestehen bleibt.

Die Steuern werden daraufhin inselamt nach den Vorschlägen des Magistrats genehmigt und die Schlusssiffer des Etats auf

11025 800 Mark

#### festgelegt.

1a. Herr St. Knabe referiert über folgende Magistratsvorlage: Die für öffentliche Zwecke verfügbaren Ueberhörschüsse der hütftlichen Sparkasse aus dem abgelaufenen Kalenderjahr betragen 219 931,41 Mark. Bezüglich ihrer Verwendung war schon in der Etatsvorlage vom 20. Des. 1909 bemerkt worden, daß 144 000 Mark zur Deckung von Ausgaben bestimmt seien, die nach der bisherigen Gepflogenheit im Etat vorgezogen wurden, daß aber zur endgültigen Regelung der Frage eine besondere Vorlage folgen werde. Eine solche ist inzwischen genehmigt dahin ergangen, daß in Zukunft von der Sparkassenüberschüssen nur 90 Prozent des Durchschnitts der letzten fünf Jahre (nach oben auf volle 1000 Mark abgerundet) zu öffentlichen Zwecken verwendet, der verbleibende Rest dagegen einem *U s g e i c h s f o n d s* zugeführt werden solle. Hiernach würde, da die gedachten Ueberhörschüsse sich belaufen haben

1905 auf . . . . .	185 295,91 Mt.
1906 auf . . . . .	202 905,17 „
1907 auf . . . . .	212 456,69 „
1908 auf . . . . .	219 931,41 „
1909 auf . . . . .	219 931,41 „

zusammen auf . . . . . 820 592,18 Mt.

hiervon aber er fünfjährige . . . . . 164 118,44 Mt.

und 90 Prozent (abgerundet) 145 000,00 Mt.

sind, nur letzterer Betrag für

öffentl. Zwecke, dagegen der

von den Ueberhörschüssen von

verbleibende Rest von . . . . . 71 931,41 Mt.

für den Ausgleichsfonds auszuweisen sein. Von dieser Regel glauben wir in diesem Jahre mit Rücksicht auf die große Anzahl außeretatlicher Bedürfnisse abgehen und an ihrer Stelle die Ausnahme statuieren zu

solten, daß nur 50 000 Mark dem gedachten Fonds zugeführt und die verbleibenden 169 931,41 Mark in folgender Weise verwendet werden.

Die im Etatentwurf von 1910 durch Anmerkungen gekennzeichneten Zwecke müssen vor allem aufrecht erhalten werden. Das sind:

1. Verklärung des Volksschulbaufonds (Rap. X. E. VIII)	50 000 Mt.
2. Instandsetzung des Zuschauerraumes des Stadttheaters und Berechtigung seines Dekorationsfonds (Rap. X. N. IV)	25 000 „
3. Unterhaltung von verstorbenen Armen (Rap. XI. H. I)	13 000 „
4. Fonds zur Selbstversicherung gegen Feuer (Rap. XX. II)	20 000 „
5. Unvorhergesehene Ausgaben der Gartenverwaltung (in Rap. XVI. B. 30 nur mit 6000 Mark vorgezogen, nach S. 10 des Heftes um weitere 8000 Mark erhöht)	14 000 „
Hierzu treten die Kosten für	
6. Umbau des Roten und Moritzburgturmes	24 000 „
7. Schaffung einer Ausstellhalle in Trotha	8 000 „
8. Verklärung des Fonds für vorübergehende Armenpflege	5 000 „
9. Reparatur der Fassade des Stadttheaters	3 000 „
10. Ankauf der v. Wolfmannschen Aquarelle und Erwerbungen für das Museum (21+3000 Mt.)	5 000 „
11. Herstellung einer Wasserleitung auf dem Sandbanger	1 000 „
12. Beitrag für den Krüppelverein	500 „
13. Beitrag zur Herausgabe des Bürgerhauswerkes	500 „
14. Beitrag zur v. Stein-Stiftung	931,40
zusammen: 169 931,40	

Wir beantragen, sich damit einverstanden zu erklären, daß von den diesjährigen Sparkassenüberschüssen 50 000 Mt. zur Gründung eines Ausgleichsfonds im Sinne der hierüber erstatteten besonderen Vorlage, die übrigen 169 931,40 Mark aber nach Maßgabe der vorstehend unter 1—14 genannten Vorschläge verwendet werden.

Der Referent Herr St. Knabe empfiehlt die Annahme der Magistratsvorlage, doch beantrage der Etatsausschuß, die unter Nr. 13 vorgezogenen 500 Mark unter Nr. 14 aufzuwenden.

abgelehnt und darauf die Anträge des Etatsausschusses angenommen.

Schließlich wird noch nach einem eingehenden Referat des Herrn St. Solly die Fortführung des großen Kanals sowie die Anlage einer Kärststation auf dem Tafelwerder genehmigt.

#### Der Direktor unseres Zoologischen Gartens,

Herrn Professor Dr. Brandes, ist, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, eine Professur für Zoologie an der Tierärztlichen Hochschule in Dresden, zugleich mit der Direktion des dortigen Zoologischen Gartens angeboten worden.

Es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß alle Freunde unseres Zoologischen Gartens, die da wissen, wieviel Liebe, Sorgfalt, Tatkraft und Fleiß Herr Professor Dr. Brandes dem Unternehmen gewidmet hat, es außerordentlich bedauern würden, wenn er von seiner Wirkungsstätte hier scheiden würde.

#### Hohe Butterpreise in Sicht?

Aus Fachkreisen wird uns geschrieben: Durch die vorjährige schlechte Futterernte haben wir dieses Jahr Butterpreise auf dem Weltmarkt erhalten, wie solche nicht niedrig gewesen sind. Hamburg notierte in weigangener Woche 134 Mark, Berlin 142 Mark — zu letzterem Preise gibt es heute noch nicht mal seine Qualitäten zu kaufen. Im allgemeinen haben die Detailpreise in Halle die bisherige Höhe von 150 Mark noch nicht überschritten. Bei der ständigen Knappheit an Butter mit weitergehenden Preisen ist aber ein Aufschlag kaum zu vermeiden. In Magdeburg, Leipzig und anderen Plätzen wird für keine Molkebutter schon seit Wochen 0,50 Mark für das halbe Pfund bezahlt.

Der 4. Kammermusikabend, der letzte in dieser Saison, bracht außer den Bekannten Altklariern Paul, Georg Wille und Bernhard Unterklein den interessanten Professor Dr. Reger und seine noch interessanteren Sonate für Viola und Klarinet. Mehr noch als diese Sonate reizten allerdings die herrliche Serenade Op. 8 von Beethoven, die eine meisterhafte Wiederzage erfährt und das Klarinetquartett Op. 60 von Brahms, in welchem Reger ganz ausgezeichnet die Klavierpartie spielte. Die Klarinet wurden gütigstend gefeiert. Näheres in der Abendausgabe.

H. Bruno Hendrichs Konservatorium für Musik und Theater. Zu dem am 22. Februar lo erfolgreich verlaufenen Richard Wagnerabend konnte wegen Überfüllung des Saales vielen Interessenten der Eintritt nicht mehr gewährt werden. Die Direktion hat daher eine nochmalige Wiederholung mit demselben großen, unveränderten Programm am Samstag, den 19. März, abends 7 Uhr im Saale des Konservatoriums angesetzt. Herr Direktor Hendrichs wird auch an diesem Abend wieder Stücke aus Tristan und Isolde, sowie Siegfried singen. Die Programme, welche zum Eintritt berechtigen, sind von Mittwoch ab im Sekretariat erhältlich. Interessenten kann der Eintritt gegen vorherige Anmeldung gewährt werden.

### Provincial-Nachrichten.

#### Anonyme Briefe eines Polizeibeamten.

Freiberg, d. 16. März. Hier verübte kürzlich ein junger Mann, Schüler der Bauakademie, Selbstmord durch Erhängen.

Er hatte ein Verhältnis mit einem 16jährigen Mädchen angeknüpft. Durch anonyme Briefe wurde dem Vater des jungen Mannes Mitteilung von dem Verhältnis gemacht und betont, daß der junge Mann durch das Verhältnis moralisch tief gesunken sei. Der Vater machte dem Sohn Vorwürfe, worauf dieser zum Revolver griff.

Die sich nun herausstellte, zühten die anonymen Briefe von einem verehrtesten hütftlichen Polizeibeamten in Freiberg, einem Konzipisten des Polizeiamts, her, der selbst dem jungen Mädchen nachgestellt hatte, aber abgewiesen worden war. Der anonyme Briefschreiber hatte feinerzeit das Protokoll über den Selbstmord des jungen

Mannes in der Wohnung des unglücklichen Vaters aufgenommen und zwar in dem Augenblick, als wieder ein anonym Brief eintraf.

Der Polizeibeamte wurde jetzt vom Dienste suspendiert.

#### Im elektrischen Stromkreis.

Bamslau, 14. März. Während der Elektrotechniker Schmidt auf einem Leitungsamt beschäftigt war, wurde plötzlich der elektrische Strom eingeschaltet. Seine Kleider fingen Feuer, und der Mann verbrannte bei lebendigem Leibe. Der Arbeiter zöle, der ihm zur Hilfe eilte, erlitt einen lebensgefährlichen elektrischen Schlag.

#### ? Raubmord, 12. März. (Verurteilte Tauben.)

Im größerer Zahl (bis jetzt etwa 30) sind in einer Villa am Dübener Heide durch Gift zugrunde gegangen. Auf einem Felde ist viel Giftweizen gegen die Mäuse verstreut worden und sie haben davon gestreut.

#### Gotha, 13. März. (Der Wärdner der Adlung)

aus Weisitz, der bekanntlich kurz nach seiner Einlieferung ins Chodruner Gerichtsgewahrsam erstarben war, hat sich gestern vormittag im hiesigen Gerichtsgewahrsam freiwillig gestellt.

#### Hamerleben, 11. März. (Sachverständige.)

Am gestrigen 11. Tage trafen im Vorjahre traten Mitte dieser Woche die ersten fremden landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen wieder ein.

## Letzte Nachrichten.

#### Von der Reichsversicherungsordnung.

H. Berlin, 14. März. (Medung von Louis Hirsch's Telegraphenbureau.) Die Reichsversicherungsordnung ist dem Reichstage nunmehr zugegangen. Aus dem vorläufigen Entwurf ist, soweit man augenblicklich sehen kann, durch der Bundesrat nichts Wesentliches geändert worden. Insbesondere wird auch bei den Beiträgen zu den Krankenkassen und dementsprechend bei der Zusammenlegung der Beiträge der Klassen die Salbung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorgezogen. Ebenso sind aus dem Entwurf des neuorganisierten Versicherungsamt, Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt beibehalten worden.

#### Ein Vergleich.

H. Wiesbaden, 14. März. Der Prozeß des Wiesbadener Kammerjägers Heinrich Hensel gegen den Intendanten des Wiesbadener Hoftheaters ist auf sühnlichem Wege beigelegt worden. Der Kläger nimmt seinen Antrag zurück und verpflichtet sich zur Zahlung der von dem Intendanten über ihn verhängten Strafe von 1000 Mark, während ihm dieser den bisher verhängten Urlaub zu einem Golfspiel in Amerika zubilligt.

#### Verhaftung eines Doppelmörders.

H. Rattowitz, 14. März. Der russische Doppelmörder Smetel wurde heute im Schlafhause zu Schopchin verhaftet.

#### Der ungarneindliche Thronfolger.

W. Wien, 14. März. Das Budapest Blatt „Hirap“ veröffentlicht einen Ansehen erregenden Artikel gegen den Thronfolger wegen des Verleibestragens anlässlich des Todes Luegers. „Ebenso wie das Testament Dr. Luegers“, so schreibt das Blatt, „beweist die Depeche des Thronfolgers den Sach gegen die Ungarn, der im Wiener Parkhause und im Belvedere herrscht. Der Thronfolger wird niemals den Weg zu der Herzen der Ungarn finden.“ Der Artikel schließt mit scharfen Angriffen gegen den Thronfolger.

#### Reisen des belgischen Königs paares.

H. Brüssel, 14. März. Wie bestimmt mitgeteilt wird, ist der Besuch des belgischen Königs paares bei verschiedenen fremden Höfen nunmehr endgültig vereinbart worden. Dieser Besuch wird im Laufe des Sommers erfolgen. Als erster Besuch ist England in Aussicht genommen. An diesen werden sich die Reisen nach Berlin und Paris anschließen. Der Besuch in London wird Ende Juli oder Anfang August stattfinden.

#### Kaiser Zeiß †

H. Neuport, 14. März. Der frühere Kammerer Kaiser Zeiß ist gestorben. Zeiß war seiner Zeit durch ein gegen ihn anhängig gemachtes Disziplinarverfahren bekannt geworden.

#### Die Bruchen in Rußland.

H. Sofia, 14. März. Bei den gestern in Rußland stattgefundenen blutigen Zusammenstößen zwischen Volksmenge und Militär sind, wie nunmehr amtlich festgelegt ist, 17 Personen getötet, 32 schwer und zahlreiche Leichter verletzt worden. Die Bankbeamte, welcher das 16jährige Türkenmädchen entführte, ist mit diesem nach Rumänien geflüchtet.

H. Sofia, 14. März. Nach Meldungen aus Rußland hat die Volksmenge vor dem Wohngebäude des Disziplinargenerals Dimitriew mit scharzen Wagnen demonstriert und die Fenster eingeworfen.

#### Besuch König Ferdinands in Konstantinopel.

H. Sofia, 14. März. Nach Versicherungen von kompetente Stelle ist der Besuch des Königs Ferdinand in Konstantinopel nunmehr definitiv für nächsten Sonntag festgelegt. Der König wird acht Tage in Konstantinopel verweilen. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Cetinje wird auch der Fürst von Montenegro im Laufe des Sommers Konstantinopel besuchen und hier sogar einen Monat verweilen.

#### Berabung eines Postamtes.

H. Saloniki, 14. März. In Pelloz drangen unbekannt Mörder in das dortige Postamt ein, töteten die Beamten, sowie eine 23jährige Frau, sprengten die Kasse auf und raubten einen größeren Barbetrag. Nach späteren Meldungen soll es der Grubdarmerie gelungen sein, die Mörder einzufangen.

#### Die Auslandsreise König Peters.

H. Belgrad, 14. März. Der König von Serbien wird seine Konstantinopeler Reise unmittelbar an seinen Besuch in Rußland anschließen. König Peter wird sich nach dem Besuch von Petersburg in einen Tag in Moskau und Riew anhalten und von Odessa sich an Bord eines russischen Kriegsschiffes nach Cosopol begeben. Der kaiserliche Gesandte in Konstantinopel wird die Odessa entgegenfahren.

**Fohman**  
gegen  
**Schnupfen**

Dose 30 Pfg.

Man verlangt ausdrücklich Fohman.  
Es gibt Nachahmungen!



Main table containing market data for various stocks and bonds, organized in columns with company names and prices.

